

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 3.— Mk., bei Selbstabholung 2.75 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 8.50 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 80 Pf.).
Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 693.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Petitzeile 1.25 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile mit Platzvorschrift 1.50 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile Familiennachrichten 1.10 Mk. Die Reklame-Petitzeile 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Neue Herausforderungen der Soldateska.

In der freiesten der Demokratien...

Berlin, 24. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In welcher Weise der Soldateska wieder der Raum schmilzt, davon legt folgende soziale Notiz Zeugnis ab, die der Vorwärts auf Grund des Berichtes zweier Augenzeugen bringt:

Ein Maschinengewehrzug der Reichswehr zog mit Musik den Kurfürstendamm entlang. Die Regimentskapelle spielte mehrfach Deutschland, Deutschland über alles. Ein vorüberfahrender Ruffahrer machte hierbei eine abfällige Bemerkung. Er wurde darauf von dem die Musik dirigierenden Tambour mit dem Tambourstock so heftig ins Gesicht geschlagen, daß er blutete. Ein unbekannt gebliebener Mann in Feldgrau, der dieses Verhalten kritisierte, aber weiter mit der Musik mitging, wurde in Mosbit von zwei Soldaten des Zuges unter dem Vorwand verhaftet, daß er Waffen bei sich trage. Der Mann bestritt das und wurde nur in das Kasernenamt Seidlichstraße abgeführt. Durch das offensichtliche Kasernenamt beobachteten Augenzeugen, wie dieser Mann nunmehr von demselben Tambour sowie von hinzukommenden Soldaten gleichfalls heftig geschlagen wurde. Als die Täter sich beobachtet sahen, ließen sie schleunigt das Tor schließen.

Immer neue deutsch-nationale Versammlungspregungen.

Berlin, 24. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nachdem erst vor einiger Zeit in Hamburg eine Vorlesung Alexander Reichs durch Angehörige des Freiwilligen-Regiments Bahrenfeld unumgänglich gemacht worden war, hat sich jetzt dort ein neuer Vorgang abgespielt. Dem Vorwärts wird darüber telegraphiert: Eine öffentliche Versammlung des Hamburger Arbeiterbundes, in der Dr. Magnus Hirschfeld aus Berlin über sexuelle Fragen sprechen sollte, wurde von einer Bande von 30—50 Personen, die zum großen Teil wiederum dem Zeitfreiwilligen-Korps Bahrenfeld angehörten, mit Steinwürfen beworfen. Dann wurde von den Störenfriedern ein unersättlicher Tumult entfesselt und die Versammlung zu sprengen versucht. Die Hamburger Sicherheitswehr schritt ein und verhaftete einen Teil der Aufstörer.

Eine Gefahr.

Berlin, 24. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In einem Artikel beschäftigt sich die Freiheit noch einmal mit dem Zwist in der Vereinigten Gewerkschaftskommission und der Wahl zu den Betriebsräten. Sie benützt die Gelegenheit zu einer dringenden Auforderung, dafür zu sorgen, daß die von den Rechtssozialisten betriebene Spaltung der Gewerkschaftskommission nicht auf die Gewerkschaften selbst überspringt. Auch diesem Bestreben gegenüber müssen die die Einheit ihrer Organisationen hielten, wie gegenüber den Wählern, stehen. Der Kampf bei den Betriebsratswahlen kann nicht vermieden werden, aber wir können und beschaffen bei Austragung sachlicher Gegensätze ihn doch so führen, daß er das Zusammenarbeiten in den Organisationen und Betriebsräten demnach möglich macht. Und es ist nicht richtig, daß der Kampf, wie er sich immer gestaltet, die Gewerkschaften bei den Wahlen ausschaltet, wie der Aufruf der Herren Rivlin und Genossen behauptet. Die Gewerkschaften können und sollen aktiv eingreifen in den Kampf, sollen Betriebsversammlungen abhalten und Aufklärung über das Gesetz und den Wahlgang verbreiten und bei der Kandidatenaufstellung überall mitwirken. Die Parole unserer Partei dieser Tätigkeit weiten Raum und uns sind die Gewerkschaften als Kampfgesossen willkommen.

Doch englisch-russische Friedensverhandlungen.

Rotterdam, 23. Februar. In einem Artikel über Rußland führt die Morningpost aus, daß trotz aller Ablehnungen zwischen England und der Sowjetregierung über Friedensbedingungen in Kopenhagen verhandelt werde. Unterhändler seien Litwinoff und Zintelfein einerseits und die Mission O'Grady's andererseits. Die größte Schwierigkeit bei den Verhandlungen sei gelöst, da die Bolschewisten das Bestehen der Demobilisierung des roten Heeres gegeben hätten unter der Bedingung, daß die Entente sich für die Unversehrtheit der Grenzen Sowjetrußlands verbürge. Dem Vernehmen nach habe Litwinoff den Verhandlungen angeschlossen, während die französische Regierung sich zurückhalte.

Rotterdam, 23. Februar. Die Niemeuse Rotterdamische Courant aus London meldet, hat der ehemalige Leiter der britischen Mission in Nordwestrußland, General Gough, im Verein mit anderen während

der letzten beiden Jahre in amtlichen Stellen in Rußland tätig gewesenem Persönlichkeiten an den Premierminister ein Gesuch gerichtet, die Sowjetregierung anzuerkennen.

Amsterdam, 23. Februar. Lenin erklärte in einer Besprechung einem Vertreter der Newyorker World, die Bolschewisten seien bereit, Frieden unter so billigen Bedingungen zu schließen, daß selbst die imperialistischen Kapitalisten nichts dagegen einwenden könnten. Die Sowjetregierung sei nicht in Gefahr, durch militärische Machtmittel unterworfen zu werden. Die Vorschläge der Alliierten über den Handel mit Rußland sche er nicht als aufrichtig an, er halte sie vielmehr für einen politischen Schachzug.

Eine Probe für die deutsche Justiz.

Der Pariser Korrespondent der Times berichtet, daß am Freitag von den Vertretern der Alliierten in Paris über die Frage der Kriegsverbrechen beschlossen wurde, daß England, Frankreich und Belgien zunächst die Aburteilung von je fünf unbestreitbaren Verbrechern von Deutschland fordern werden. Das gesamte Beweismaterial werde dem deutschen Gericht vorgelegt werden, vor dem auch eine große Anzahl Zeugen aus den alliierten Ländern erheben soll. Sollte Deutschland bei dieser Probe auf seinem christlichen Willen verharren, so würden die Alliierten Zwangsmaßnahmen anwenden.

Eine Vorgangs-Meldung bemerkt dazu bezeichnend, daß es sich nur um einen Vorfall handle, der sich durch die auf der Londoner Konferenz vertretenen Vertreter ausbekehren werden müsse, die Fälle der Persönlichkeiten seien noch nicht fest.

Ungarische Nordkommandos in Wien.

Wien, 23. Februar. Wie der Morgen meldet, hat der unter dem Befehl des Reichswehrmarschalls in Wien verhaftete ungarische Leutnant Kis gefassten, daß die Einführung und Ermordung von Kommunisten durch nach Wien kommandierte ungarische Offiziere und auf Befehl des Feinwehrkommandanten Korisch, sowie mit Unterstützung der Wiener ungarischen Soldatenschaft erfolgt sei. Aus Ungarn seien ganze Offizierskompanien nach Wien kommandiert worden, hauptsächlich um hier lebende ungarische Flüchtlinge zu überwachen, auf ungarischen Befehl zu verhaften und nach Ungarn zu bringen. Sowohl Korisch als auch Legationsrat Meichowawsky wählten darum.

Die Furcht vor dem Sozialismus in Amerika

Amsterdam, 23. Februar. Wie die englischen Blätter melden, wird in dem Programm des amerikanischen Staatenkonvents für den Wahlkampf um die Präsidentschaft, über das bereits berichtet wurde, auch der Grundhaß aufgestellt, Amerika dürfe nicht durch die Arbeitsbestimmungen des Friedensvertrages in das von internationalen Sozialismus ausgebreitete Netz gezogen werden.

Washington, 23. Februar. Der Führer der Arbeiterpartei in Minneapolis, Mitchell, erklärte, daß die nationale Arbeiterpartei politisch werden müsse. Der Präsident der Arbeiterpartei Comper's rät von der Bildung einer politischen Arbeiterpartei als nachteilig ab, denn damit würde man nur dem Wunsch derjenigen entgegenkommen, die die Unterdrückung der Arbeiterklasse anstreben.

Der amerikanische Senat gegen den Völkerbund.

W. London, 23. Februar. Einer Meldung aus Washington zufolge nahm der Senat mit 45 gegen 20 Stimmen den Vorbehalt des Senators Lodge zum Friedensvertrag an, der die Nichtbeteiligung der Vereinigten Staaten am Völkerbund vorseht.

Friedenszustand zwischen Deutschland und Rußland.

Das Wolffsche Bureau bringt folgende Mitteilung: Die Deutsche Zeitung teilt mit, der neuernannte Berliner Sowjetvertreter, Herr Wiktor Kopp, habe von seiner Regierung den Auftrag, mit Deutschland über den Frieden zu verhandeln. Ein russisches Friedensangebot liege bereits vor.

Diese Angabe entbehrt nach Mitteilung von zuständigen Stellen jeder Begründung. Ebenso unrichtig ist die weitere Mitteilung der Deutschen Zeitung, daß im Auswärtigen Amt erfahre, daß im März allgemeine Friedensbesprechungen der europäischen Großmächte mit Sowjetrußland stattfinden. Deutscherseits werde man sich diesen Verhandlungen anschließen.

Demgegenüber ist festzustellen, daß sich Deutschland mit Rußland seit dem Vertrag von Brest Litowsk tatsächlich im Frieden befindet. Der Artikel des Berliner Volksboten, der die Wichtigkeitserklärung des Brester Vertrags bekräftigt hat, hat gleichwohl an der Tatsache des Friedenszustandes nichts geändert.

Friede mit Rußland.

Von Rud. Breitfischel.

Die von einem Londoner Blatt gebrachte Nachricht über die Entlassung von Friedensverhandlungen zwischen England und Rußland ist amtlich bestritten worden. Aber niemand wird diesem Zement eine allzu große Bedeutung beimessen, denn der Abschluß des Friedens ist die ganz natürliche Krönung der von der Entente beschlossenen Aufhebung der Blockade. Darüber wird man sich in London und Paris keiner Täuschung hingeben, daß die Aufnahme der Handelsbeziehungen praktisch unmöglich ist, solange der Kriegszustand fort dauert.

Zu allem Ueberflus hat das einer der leitenden Männer der Sowjetregierung, Krassin, dem Genossen Lansbury, dem Chefredakteur des Daily Herald, der zur Zeit in Moskau weilt, aus- einandergelegt. Er legte ihm die Wichtigkeit des Warenhandels zwischen Rußland und dem übrigen Europa dar. Europa bedürfte russischen Getreides, russischer Mineralien und russischen Glases, um seine ökonomische Position zu befestigen, besonders im Hinblick auf die Wechselkurse, die zwischen ihm und Amerika bestehe. Rußland auf der anderen Seite habe die Einfuhr aus Europa und Amerika nötig. Es brauche zunächst 3000 Lokomotiven, eine Menge von vollegendem Material und außerdem große Quantitäten anderer Güter, die es mit Gold und Werg zu bezahlen könne. „Aber“, so fügte Krassin hinzu, „die unerlässliche Vorbedingung für alles dies ist der Friede, denn ohne Frieden kann von Transporten im Großen keine Rede sein.“

Lloyd George ist ein viel zu kluger Staatsmann, um das nicht zu begreifen und außerdem muß er an mehr denken als an die Möglichkeit, russischen Glases zu beziehen und englische Maschinen an die Sowjetrepublik zu verkaufen. Was ihn bestimmt hat, unter die verhängnisvolle Interventionspolitik einen Strich zu ziehen und den ersten Schritt zur Verständigung zu tun, waren nicht nur kommerzielle Erwägungen. Sie kamen wahrscheinlich erst zuletzt in Betracht. Welt mehr in die Waagschale fiel sein Wunsch, der immer stärker werdenden Arbeiterpartei den Agitationsstoff zu nehmen, den sie aus der Unterstützung der wilden Abenteuer thymaliger zaristischer Generale schöpft, und am meisten maßgebend war zweifellos die Angst des Premierministers vor den Wirkungen der bolschewistischen Propaganda in Zentralasien und an den Grenzen Indiens. Er ist sich bewußt, daß sich die englische Herrschaft dort einer schweren Gefährdung ausgesetzt sieht, wenn auf diesem fruchtbaren Boden von den Sendlingen der russischen Nachbarn die Saatländer sozialistischer und nationaler Ideen ausgebreitet werden, und um diese Bedrohung abzuwenden, beirät er den Weg der Verständigung. Aber die Regierung in Moskau weiß, über welche Trümmer sie vertritt, und deshalb besteht sie auch, ganz abgesehen von den Rücksichten auf eine ungehörte Abwicklung des Handelsverkehrs auf der Herstellung des Friedens, den sie nötig hat, um Rußland anzubauen und ihre innere Stellung zu sichern.

Der Friede zwischen England und den übrigen Staaten der Entente auf der einen Seite und Rußland auf der anderen Seite wird also, was man einwirken so viel bemerken als man will, binnen kurzem Tatsache sein, und das bedeutet, daß die Frage immer brennender wird, wie denn nun Deutschland seine Beziehungen zu der sozialistischen Republik im Osten gestalten wird. Die deutsche Regierung hat auf diesem Gebiete bisher eine geradezu sträfliche Passivität bewiesen. Sie hat die Dinge gehen lassen wie sie gingen und keinerlei Initiative an den Tag gelegt. Für sie schien das russische Problem überhaupt nicht vorhanden zu sein. Sie trieb eine Vogel-Strauß-Politik. In die Herstellung des Friedens und normaler Beziehungen wagte sie aus zwei Gründen nicht zu denken. Sie fürchtete den Einspruch der Gegner im Westen, und noch mehr hatte sie Angst vor der bolschewistischen Agitation, der der Friede nach ihrer Meinung die Dornen öffnen würde. Einzig von dem Gedanken geleitet, sich möglichst lange am Ruder zu halten, wollte sie alles vermeiden, was irgendwie die Gefahr einer Stärkung der revolutionären Opposition in sich barg.

Das war der amtliche Standpunkt, aber er hinderte nicht, daß innerhalb der Kreise der Regierung selbst und in sonstigen im neuen Deutschland sehr maßgebenden Kreisen Bestrebungen hervortraten, sogar eine positive Kampfstellung gegen Rußland einzunehmen. Es ist ja längst ein offenes Geheimnis, daß unsere gegenwärtige Regierung alles andere eher darstellt, als ein in sich geschlossenes Gebilde mit einem einheitlichen Willen. Wir haben sozialdemokratische und demokratische Minister mit wenig Ideen und ge-